

20.42

Abgeordnete Tanja Windbüchler-Souschill (Grüne): Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Minister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, das Abkommen soll eine verbesserte Rechtsgrundlage für die Beziehungen zwischen der EU und der Mongolei darstellen. Das Abkommen ist prinzipiell zu begrüßen und in weiten Teilen auch positiv zu bewerten. Es geht um nachhaltige Entwicklung, wir haben es gerade gehört, es geht darum, dass die Menschenrechte in der Mongolei weiterhin gewahrt und auch die wirtschaftlichen Beziehungen gut ausgebaut werden.

Es scheint aber wichtig zu sein, auf den einen oder anderen Artikel genauer einzugehen. Im Artikel 2 findet sich in diesem Abkommen unter „Ziele der Zusammenarbeit“ nicht nur, dass ein umfassender Dialog geführt werden soll, sondern auch, dass Anstrengungen mit dem Ziel unternommen werden sollen, in den Bereichen Recht, Freiheit, Sicherheit, wie schon gehört, einschließlich der Themen Rechtsstaatlichkeit, rechtliche Zusammenarbeit, Datenschutz, Migration, Schleusung und Menschenhandel, zusammenzuarbeiten.

Im Artikel 31 findet sich dann die „Zusammenarbeit im Bereich der Migration“. Da geht es ganz klar um Rückübernahmeabkommen, da geht es ganz klar um die Feststellung der Staatsangehörigkeit und die Unterstützung der Mongolei, und es geht darum, dass die Europäische Union in diesen Bereichen finanzielle Hilfe bei der Umsetzung leisten soll.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die EU hat insgesamt mit 17 Ländern Rückübernahmeabkommen, und Österreich selbst hat noch einmal bilaterale Abkommen mit 22 weiteren Ländern. – So weit einmal zu den Fakten.

Es ist aber Tatsache, dass Rückübernahmeabkommen – das wird ja jetzt viel und groß diskutiert – nur dann wirklich funktionieren, wenn tatsächlich Kooperationsbereitschaft in den Herkunftsländern besteht.

Was passiert jetzt in Österreich? Die Rufe werden immer lauter, dass es Konsequenzen für jene Länder geben soll, die solche Rückübernahmeabkommen und die Rückübernahmepolitik der Europäischen Union und auch Österreichs, wie sie gewünscht ist, nicht umsetzen. Es wird nicht darüber nachgedacht, wie auch die Vorredner schon gesagt haben, tatsächlich wirtschaftliche Anreize für jene Länder zu setzen, die eigentlich solche Abkommen schließen sollten. Es wird nicht darüber nachgedacht, faire handelspolitische Akzente zu setzen, und es wird auch nicht darüber nachgedacht, Verbesserungen für die Menschen vor Ort zu forcieren.

Ganz im Gegenteil: Es wird darüber nachgedacht, ob nicht die einzige finanzielle Unterstützung, nämlich über die Entwicklungszusammenarbeit, gekürzt, gestrichen oder ausgesetzt werden soll. Diese Unterstützungsleistung auszusetzen – Herr Minister, das wissen Sie, und das haben wir schon öfter diskutiert – ist ganz klar ein falscher Weg, weil Entwicklungszusammenarbeit nicht nur für Armutsbekämpfung da ist, sondern in erster Linie auch nachhaltige Projekte vor Ort unterstützen soll.

Viele Länder, mit denen im Rahmen der Rückübernahmepolitik zusammengearbeitet werden soll, beziehen gar keine Entwicklungszusammenarbeitsgelder. Das heißt, das Bild des Damoklesschwertes, das über diesen Ländern hängt, wäre hier gar nicht anwendbar. Die Unterstützung der Zivilbevölkerung würde ganz klar abgedreht und ausgesetzt werden. Das heißt, jene Bevölkerungsgruppen, die über Entwicklungszusammenarbeit tatsächlich unterstützt werden, würden dann sozusagen ausgedünnt. Die EZA ist Armutsbekämpfung, wie schon gesagt, und die große Frage ist: Was tun mit bereits bestehenden Projekten der Austrian Development Agency und der Entwicklungszusammenarbeit und der Schwerpunktländer des Außenministeriums?

Ich habe auch im Ausschuss dieses Beispiel gebracht, das Beispiel Pakistan und Wirtschaftspartnerschaften. Die OMV betreibt zwei Schulen in Pakistan. 500 000 € für dieses Projekt, das auf fünf Jahre angedacht ist, kommen aus österreichischen Steuergeldern; das Berufsbildungsprojekt wurde ab dem Jahr 2013 übernommen. Was würde es bedeuten, wenn Pakistan jetzt Rückübernahmeabkommen nicht umsetzen würde? Würde das bedeuten, dass Sie, Herr Außenminister, dann bei der OMV anklopfen und sagen: Liebe OMV, es tut mir leid, das, was ich Ihnen versprochen habe, wo es auch Verträge gibt, was nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit und Bildung anbelangt, gilt nicht mehr?

Das einer OMV zu sagen, Herr Minister, werden Sie, glaube ich, nicht tun. Auch wenn Sie jetzt nicht zuhören und in Ihr Handy schauen, ist es so, dass ich nicht davon ausgehe, dass Sie das dann mit der OMV aushandeln werden, sondern ich glaube, das ist einfach eine leere Drohung, die als Floskel einmal mehr im Raum steht, ohne tatsächlich nachhaltig sozusagen in ... (Abg. **Brunner**: *Ich befürchte, der Herr Außenminister kann gar nicht antworten, weil er nicht zuhört!* – Bundesminister **Kurz**: *Ich kenne das schon!*)

Also: Setzen Sie Akzente, Herr Minister, schauen Sie, dass faire handelspolitische Maßnahmen gesetzt werden! Und wenn Sie es schon kennen, könnten Sie auch

endlich eine Antwort hier im Hohen Haus geben. Drohen allein wird nichts bringen.

(Beifall bei den Grünen.)

20.48

Präsident Karlheinz Kopf: Als Nächster ist Herr Abgeordneter Dr. Troch am Wort. –
Bitte.